

Antrag an den Gemeindevorstand

über den Beschluss einer Resolution an die Bundesregierung,

1. ausnahmslos alle UN Resolutionen etc. zu unterstützen, die eine umgehenden Einstellung der Kampfhandlungen im Gazastreifen zum Ziel haben,

und

2. den Staat Palästina umgehend anzuerkennen.

Groß Gerungs, am 20.06.2024

Zwischen 7. Oktober 2023 und 31. Mai 2024 wurden laut Humanitarian Situation Update #173 des United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs¹ 36.284 Palästinenser durch israelische Militärschläge getötet und 82.057 verletzt, das sind zusammen über 5,5 % der Gesamtbevölkerung des Gazastreifens.

200 Tage nach Kriegsbeginn lagen die Opferzahlen laut Euro-Mediterranean Human Rights Monitor² bereits bei 42.510 gesamt, davon 38.621 Zivilisten, davon wiederum 10.091 Frauen und 15.780 Kinder. Darunter befanden sich auch 137 Journalisten und 356 medizinisches Personal.

Laut Doctors Without Borders³ wurden im Gazastreifen 1.9 Mio Palästinenser (85 % der Gesamtbevölkerung) vertrieben.

Laut Balakrishnan Rajagopal, UN Special Rapporteur on adequate housing⁴, wurden 70 % der Gebäude im Gazastreifen, im Norden sogar 80 %, zerstört oder beschädigt. Der Special Rapporteur spricht in dieser Beziehung von einem Domizid, den er als Kriegsverbrechen einstuft.

Laut United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs sind im Gazastreifen nur mehr 14 von 36 Krankenhäusern teilweise in Betrieb, in Rafah lediglich 3 Feldlazarette. Die NGO Save the Children⁵ berichtet, dass per April 2024 30 von 36 Krankenhäusern in Gaza von Israel bombardiert wurden.

¹ <https://www.ochaopt.org/content/humanitarian-situation-update-173-gaza-strip>

² <https://euromedmonitor.org/en/article/6282/200-days-of-military-attack-on-Gaza:-A-horrific-death-toll-amid-intl.-failure-to-stop-Israel%E2%80%99s-genocide-of-Palestinians#>

³ <https://www.doctorswithoutborders.org/latest/our-response-israel-gaza-war>

⁴ <https://news.un.org/en/story/2024/03/1147272>

⁵ <https://www.savethechildren.net/news/over-2-gaza-s-child-population-killed-or-injured-six-months-war>

Laut dem UN Environmental impact of the conflict in Gaza - Preliminary assessment⁶ entstanden dadurch 39 Mio Tonnen Schutt, 92 % der Hauptverkehrsstraßen sind zerstört, die Wasser-Infrastruktur ist größtenteils zerstört und liefert nur mehr 5 % ihres früheren Output. Der Wiederaufbau von Gaza würde 40 Mrd. Dollar kosten.

Reuters⁷ berichtet am 18. Juni 2024, dass 92 % des Wassers im Gazastreifen nicht mehr trinkbar ist. Laut IPC Report⁸ vom 18. März 2024 befinden sich 1.1 Mio Menschen im Gazastreifen in einer akuten Hungersnot (IPC Skala 5), 850.000 sind als humanitärer Notfall eingestuft (IPC Skala 4).

Francesca Albanese, Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967 stuft das Vorgehen Israels im Gazastreifen als Genozid ein⁹.

Auch der Internationale Gerichtshof (IGH / ICJ) sieht es als plausibel an, dass das Vorgehen Israels im Gazastreifen einen Genozid darstellen könnte, und hat daher das Verfahren zugelassen und bereits zwei Mal vorläufige Maßnahmen gegen Israel verhängt.

Der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH / ICC), Karim Khan, hat gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu und den israelischen Verteidigungsminister Yoav Gallant Haftbefehl wegen Kriegsverbrechen beantragt.

Österreich steht nicht zuletzt wegen seiner Mitverantwortung für die Gräueltaten des Holocaust und seinem Bekenntnis zur immerwährenden Neutralität in einer besonderen historischen Verantwortung.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist ein Grundrecht des Völkerrechts. Es besagt, dass jedes Volk das Recht hat, frei über seinen politischen Status, seine Staats- und Regierungsform und seine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu entscheiden. Dies schließt seine Freiheit von Fremdherrschaft ein. Dieses Selbstbestimmungsrecht ermöglicht einem Volk die Bildung einer Nation bzw. eines eigenen nationalen Staat¹⁰.

Am 22. November 1974 bestätigte die UN-Resolution 3236 die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes in Palästina, einschließlich des Rechts auf Selbstbestimmung sowie des Rechts auf nationale Unabhängigkeit und Souveränität.

⁶https://wedocs.unep.org/bitstream/handle/20.500.11822/45739/environmental_impact_conflict_Gaza.pdf?sequence=3&isAllowed=y

⁷<https://www.reuters.com/world/middle-east/gaza-conflict-has-caused-major-environmental-damage-un-says-2024-06-18/#:~:text=Israel's%20long%20term%20occupation%20had,deemed%20unfit%20for%20human%20consumption.>

⁸https://www.ipcinfo.org/fileadmin/user_upload/ipcinfo/docs/IPC_Gaza_Strip_Acute_Food_Insecurity_Feb_July2024_Special_Brief.pdf

⁹<https://www.un.org/unispal/document/anatomy-of-a-genocide-report-of-the-special-rapporteur-on-the-situation-of-human-rights-in-the-palestinian-territory-occupied-since-1967-to-human-rights-council-advance-unedited-version-a-hrc-55/>

¹⁰ Joachim Bentzien, Die völkerrechtlichen Schranken der nationalen Souveränität im 21. Jahrhundert, Peter Lang, Frankfurt am Main 2007, S. 45

Es ist mit der österreichischen Neutralität nicht vereinbar, nur einer Partei des Teilungsplans der UN Resolution 181 vom 29. November 1947 dieses Selbstbestimmungsrecht über ihre eigene Staatlichkeit zuzugestehen, der anderen jedoch nicht.

In den letzten zwei Monaten haben gleich 4 europäische und 4 Karibische Staaten den Staat Palästina anerkannt:

Slowenien	4. Juni 2024
Norwegen	28. Mai 2024
Spanien	28. Mai 2024
Irland	28. Mai 2024
Bahamas	7. Mai 2024
Trinidad und Tobago	2. Mai 2024
Jamaika	24. Apr. 2024
Barbados	19. Apr. 2024

Weltweit haben bis heute 144 von 193 UN Mitgliedstaaten den Staat Palästina anerkannt. Österreich hat trotz seiner Bekenntnis zu immerwährender Neutralität diesen Schritt noch nicht gesetzt.

Am 27. Oktober 2023 brachte Jordanien die United Nations General Assembly Resolutions ES-10/21 für einen humanitären Waffenstillstand ein. Das neutrale Österreich war eines von nur 14 Ländern (von 193) das dagegen stimmte.

Am 12. Dezember 2023 forderte eine ähnliche Resolution der Vereinigten Arabischen Emirate, einen sofortigen Waffenstillstand und die Freilassung von Geiseln. Das neutrale Österreich stimmte als eines von nur 10 Ländern (von 193) dagegen.

Der Gemeinderat möge daher die folgende Resolution beschließen:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Groß Gerungs fordert die österreichische Bundesregierung dazu auf,

1. ausnahmslos alle UN Resolutionen etc. zu unterstützen, die eine umgehenden Einstellung der Kampfhandlungen im Gazastreifen zum Ziel haben,

und

2. den Staat Palästina umgehend anzuerkennen.

